Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 6, gültig vom 1. 8. 35).
Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. **Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen:** Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (E. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Tenkingstraße 14 (K. Quirmbach), Gneisenaustraße 35 (H. Querbach), Potsdamstraße 2 (W. Hoves). — **Geschäftsstelle Rhede:** Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 227 | Sonntag, den 18. August 1935 | Jahrgang 1935

Polens kommender Sejm.

Zum Vermächtnisse des verstorbenen Marschalls Pilsudski gehört die neue Verfassung Polens. Sie ist kurz vor dem Tode des Marschalls in Kraft getreten. Ihr Schwerpunkt liegt in der Stärkung der Gewalt des Staatspräsidenten. Bekanntlich hat Pilsudski in der Regierung nur das Amt eines Kriegsministers bekleidet. Im übrigen war er das lebende Gewissen seiner Nation, das von Anfang an die Handlungen des befreundeten Staatspräsidenten Moscicki inspirierte und auch im Rahmen der neuen, die Präsidialgewalt erweiternden Verfassung inspiriert hatte. Pilsudski wollte bereits zu Lebzeiten die Funktion des von ihm begründeten Staatsorganismus von außen beobachten und notfalls lenken und im Hinblick auf seine irdische Vergänglichkeit nicht entscheidender staatsrechtlicher Funktionsträger sein. Somit hat sich der Uebergang von der verfassungsrechtlich nicht verankerten Stellung des lebenden Marschalls zu der des toten Marschalls beinahe unmerklich und ohne politische Erschütterungen vollzogen: Auch der tote Marschall bleibt das mahnende Gewissen seiner Nation.

Das zweite aus der Verfassungsreform resultierende Kernstück ist neben der gestärkten Präsidialgewalt die Wahlreform. Das für unsere Begriffe eigenartig aus Elementen des Führerprinzips und der Demokratie gemischte staatsrechtliche System Polens findet seinen Niederschlag auch in der neuen Wahlgesetzgebung. Sie steht zwischen dem Führerprinzip mit beratenden Körperschaften, wie wir es etwa im Preußischen Staatsrat und in der Deutschen Gemeindeordnung verankert sehen, und dem parlamentarischen Parteiprinzip.

Die Parteien sind als entscheidende Faktoren der polnischen Politik ausgeschaltet, aber sie sind noch da. Allerdings befindet sich unter ihnen keine machtvolle und schlagkräftige Organisation, die das Nervensystem des modernen polnischen Staates gleich der NSDAP innerhalb des Deutschen Reiches bildet. Die Regierung sucht den berufsständischen Gedanken zu fördern und sich innerhalb der ständischen Organisationen den notwendigen Anhang zu schaffen. Außerdem ist ihre stärkste Stütze neben den Jugendorganisationen die Armee, der bedeutendsten Schöpfung Pilsudskis für den wiedererstandenen polnischen Staat. Diese Armee ist unpolitisch soweit unter Politik das Gezänk von Offiziersklüngeln verstanden wird; sie ist politisch, wenn unter Politik das von Pilsudski geformte leidenschaftliche Bekenntnis zum neuen Polen verstanden wird.

Der Wahlakt, der am 8. September für den Sejm und eine Woche darauf für den Senat stattfinden soll, vollzieht sich somit nicht mehr im Zeichen von Parteikämpfen, sondern im Zeichen von Machtkämpfen, deren Träger berufsständische Organisationen, Gebietskörperschaften und Organisationen der nationalen Minderheiten sind.

Wie kommt der neue Sejm zustande? Nach dem am 4. Juli angenommenen neuen Wahlgesetz ist Polen in 104 Wahlkreise eingeteilt. In jedem Wahlkreis tritt unter dem Vorsitze eines Bezirkswahlkommissars eine Bezirksversammlung zusammen. Diese besteht aus vier Gruppen von Mitgliedern: 1. aus gewählten Vertretern der im betreffenden Wahlkreise vorhandenen Gebietskörperschaftsorganen, also Gemeinde- und Kreisräten; 2. aus im Wahlgesetze näher bezeichneten Vertretern berufsständischer Organisationen; 3. aus Vertretern der großstädtischen Aerzte-, Rechtsanwalts- und Notariatskammern und 4. aus Vertretern, die von mindestens je 500 Wählern entsandt werden. Die letzte Gruppe von Bezirksversammlungsmitgliedern kann sich, wenn die betreffenden Staatsbürger die Preisgabe ihres Namens zum Zwecke der Unterstützung des betreffenden Bezirksversammlungsmitgliedes nicht scheuen, aus Oppositionellen zusammensetzen. Die Mitglieder der Bezirksversammlung wählen die Kandidaten für die Sejmwahl.

Jedes Bezirksversammlungsmitglied kann einen Kandidaten anmelden. Werden mehr als vier Kandidaten in der Bezirksversammlung angemeldet, so stimmt die Bezirksversammlung ab. Jeder Kandidat, der dabei mindestens ein Viertel aller Stimmen auf sich vereint, wird in die amtliche Kandidatenliste aufgenommen. Die Kandidatenliste jedes Bezirks wird alsdann am Wahltage den Wählern des Bezirks vorgelegt werden. Jeder Wähler kann dann höchstens zwei Kandidaten wählen. Jeder Bezirk entsendet die zwei Kandidaten, die die meisten Stimmen innerhalb des Bezirkes auf sich vereinen, in den Sejm. Das Wahlgesetz regelt alsdann noch weitere, hier nicht erwähnenswerte Einzelheiten. Wir sehen, daß es ein umständliches und verwickeltes Verfahren ist, das durchgeführt werden muß, bevor Polens neues Parlament in den Urnen der Wahlbezirke geboren wird. Vor allem wird die Opposition kaum in der Lage sein, in der Bezirksversammlung soviel Mitglieder der vierten Gruppe auf die Beine zu bringen, um das Viertel der Bezirksversammlungsstimmen, das für die Erreichung eines Kandidatenplatzes notwendig ist, zu erzielen.

Der Regierung kommt es ja darauf an, daß sich möglichst viele Wahlberechtigte an den Sejmwahlen beteiligen. Deshalb wird sie dort, wo Oppositionelle das politische Gesicht des Wahlbezirkes mehr bestimmen als Regierungstreue, im Rahmen der Gruppen 1 bis 3 für Betätigungsgrundlagen der Opposition sorgen und somit auch auf manche Bezirkskandidatenlisten oppositionelle Kandidaten setzen lassen. Es wird manche oppositionelle Politiker, vor allem Männer der berufsständischen Organisationen, geben, die trotz der Wahlboykottparole des überwiegenden Teiles der Opposition einer Beteiligung an den Sejmwahlen das Wort reden und eine Kandidatur, manchmal vielleicht auch aus persönlicher Eitelkeit, erstreben.

Die Regierung ist überdies nicht gewillt, die Propagierung des von der Opposition beschlossenen Wahlboykotts zu dulden. Sie steht auf dem Standpunkt, daß staatsbürgerliche Pflichten der Wahlberechtigten nicht verachtet werden dürfen, will sich die Opposition nicht das Odium der Staatsfeindlichkeit zuziehen. Die Wirkungen der Bekundungen der Regierung sind schon jetzt abzusehen: es wird bei den Wahlboykottbeschlüssen der Opposition bleiben, aber diese Beschlüsse werden nicht als Kampfparolen im großen Umfang etwa in Massenversammlungen propagiert werden. Ueberdies beginnt sich die Opposition bereits zu spalten. Hatte die mächtige oppositionelle Bauernpartei noch auf ihrem Warschauer Vertreterkongreß im Juli mit 280 gegen vier Stimmen beschlossen, der Wahl fernzubleiben, so wächst nunmehr die Zahl der Anhänger der Wahlbeteiligung. Auch die Nationaldemokraten beginnen, sich angesichts der Frage, ob sich die Opposition an der Sejmwahl beteiligen soll oder nicht, zu spalten. In der nationaldemokratischen Hochburg Lodz hat der Riß begonnen. Die sozialdemokratischen Parteien aller Völker Polens beharren auf ihren Wahlboykottbeschlüssen. Die mehr oder weniger auch von den Oppositionsparteien beeinflußten Gewerkschaften werden sich in überwiegender Zahl an den Wahlen beteiligen.

Bedeutsam ist endlich die Stellungnahme der polnischen Staatsbürger nichtpolnischer Volkszugehörigkeit zur Frage der Wahlbeteiligung, also vor allem der Ukrainer, Juden und Deutschen. Wir müssen immer bedenken, daß ein reichliches Drittel der Staatsbürger Polens nicht zum polnischen Volke gehören, aber kraft ihres Heimatrechtes und ihrer Bodenständigkeit die Geschicke ihres polnischen Vaterlandes mitgestalten wollen. Die Ukrainer sind gespalten. Es finden sich unter ihnen ebenso viele Gegner wie Anhänger der Wahlbeteiligung. Die Juden haben sich in der überwiegenden Mehrzahl für die Wahlbeteiligung ausgesprochen. Die Deutschen gedenken, obwohl ihre Abgeordneten seinerzeit gegen die Wahlgesetze gestimmt haben, an den Wahlen ebenfalls teilzunehmen, allerdings mit Ausnahme der bedeutungslosen deutschen Sozialdemokraten. Beide deutsche Parteien Polens haben mit der Regierung verhandelt, um zu erreichen, daß in einem oder mehreren Bezirken auch deutsche Kandidaten auf die Bezirksliste gesetzt werden. Ohne Erfolg, obwohl die deutsche Minderheit um so mehr Anspruch auf eine Vertretung im Sejm hat, als sie ihren Willen, am Aufbau des polnischen Staates mitzuarbeiten, durch mannigfaltige Taten bereits unter Beweis gestellt hat.

C. Z.

Unüberbrückbare Kluft zwischen England und Italien?

Pariser Eindrücke vom ersten Tag der Drei-Mächte-Konferenz.

DNB **Paris**, 17. August.

Der allgemeine Eindruck, den man in Paris nach der ersten Fühlungnahme zwischen den Mitgliedern der Drei-Mächte-Konferenz hat, ist am Sonnabend eher pessimistisch. Niemand hatte zwar vom ersten Tage an greifbare Ergebnisse erwartet, aber

eine genaue Ueberprüfung der verschiedenen Verträge, die die Beziehungen der drei Länder zu Abessinien regeln, hat den Beweis erbracht, daß zwischen den italienischen Forderungen und den englischen Vorschlägen eine Kluft besteht, die zu überbrücken auffast unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen wird.

Man weist außerdem in hiesigen Kreisen darauf hin, daß Baron Aloisi es bisher vermieden habe, die Forderungen seiner Regierung in allen Einzelheiten darzulegen, obgleich der englische Minister Eden ausdrücklich darum gebeten hatte. Italien, so glaubt man, übe absichtlich eine vorsichtige Zurückhaltung, um zunächst einmal abzuwarten, was die anderen Mächte im Höchstfalle anzubieten bereit seien.

Mussolini, so schreibt das „Echo de Paris" habe keinerlei Veranlassung, sich zu beeilen; denn jeder Tag bringe für ihn neue Angebote, und er habe Zeit bis zum 4. September.

Es scheine immer mehr, als ob zwischen Italien und England eine Kraftprobe stattfindet, deren Ausgang sich notgedrungen auch auf die französische Politik auswirken müsse.

Das „Journal" unterstreicht, daß der erste Verhandlungstag die großen Schwierigkeiten, die einer Einigung entgegenstehen, ins rechte Licht gerückt habe. Auch in englischen Kreisen sei man sehr pessimistisch. Eden habe versucht, Italien dazu zu bewegen, seine Forderungen in klarer Form vorzubringen. Aber man wisse noch nicht, ob Baron Aloisi die Erlaubnis erhalten werde, die italienischen Karten auf den Tisch zu legen. — Der Außenpolitiker des Blattes bestreitet die in gewissen Kreisen vorherrschende Auffassung, daß Italien einer französisch-englischen Einheitsfront gegenüberstehe.

Jede der drei Parteien spiele ihr eigenes Spiel und jede nehme eine andere Haltung ein.

Die Außenpolitikerin des „Oeuvre" ist der Ansicht, daß logisch gedacht — eine friedliche Lösung unmöglich sei. Frankreich und England hätten im Laufe des Freitags getrennte Angebote an Italien gemacht, während zu gleicher Zeit bekannt geworden sei, daß der abessinische Kaiser bereit sei, die italienisch-abessinische Grenzzone zu entmilitarisieren, um dem Duce Genugtuung zu geben.

Die drei in Paris versammelten Unterhändler des Negus hätten jedenfalls die Absicht, unbeirrt an der Lösung der schwierigen Fragen weiterzuarbeiten. Man trage sich sogar mit dem Gedanken, gegebenenfalls nach Rom zu reisen, um Mussolini dazu zu bestimmen, ein Abkommen anzunehmen, das der Völkerbund am 4. September unter seinen Schutz nehmen könne.

Vorläufig herrsche jedoch in allen drei Lagern ziemlicher Pessimismus. Der Bericht, den der englische Minister am Freitag abend über den Sitzungsverlauf abgesandt habe, sei wenig zuversichtlich gewesen.

Der offiziöse „Petit Parisien" unterstützt wiederum die italienischen Forderungen. Das Blatt ist der Auffassung, daß die verschiedenen Verträge, die Italien über Abessinien abgeschlossen habe, ihm eine genügend breite rechtliche Grundlage gäben, um nicht nur einen ausgedehnten wirtschaftlichen Einfluß in Abessinien zu fordern, sondern auch eine territoriale Verbindung zwischen seinen beiden Kolonien Eritrea und Somali.

Die Besprechungen werden auf alle Fälle am heutigen Sonnabend fortgesetzt. Für den „Jour" bedeutet diese Tatsache schon einen Erfolg; denn man wisse jetzt wenigstens, daß die Fortsetzung der Verhandlungen sichergestellt sei.

Solche Gewalt hatte das Wasser.



Bilder von der furchtbaren Ueberschwemmung in der Gegend von Ovada.

Links sieht man eine zerstörte Brücke, von der nur die Pfeilerstümpfe erhalten sind, auf dem rechten Bild zertrümmerte Häuser, in denen man nach der Katastrophe nach Opfern suchte. (Weltbild-M)

Zum 19. August.

DNB **Berlin**, 17. August.

Der „Völkische Beobachter" veröffentlicht zum 19. August, dem Jahrestage der Volksabstimmung für den Führer und Reichskanzler, einen Gedenkartikel des Reichs- und preußischen Ministers des Innern Dr. Frick

Dr. Frick bezeichnet als den größten Gewinn der entsagungsreichen und niederdrückenden Zeit nach dem Weltkriege die alle Volksgenossen umfassende Politisierung des deutschen Volkes. In den Flammen der marxistischen Revolte, im Fegefeuer der Inflation und in der Schande der Systemzeit habe der deutsche Mensch erkannt, daß ohne eine starke volksbewußte Staatsführung Aufstieg, Macht und Freiheit eines Volkes unmöglich sind. Die Sehnsucht der Nation nach Wiederherstellung ihrer Ehre und Freiheit aber habe sich in Adolf Hitler verkörpert. Adolf Hitler sei dem deutschen Volke nicht nur der Führer geworden, sondern auch zu seinem größten politischen Erzieher emporgewachsen. Damit habe er alle großen Staatsmänner der deutschen Geschichte übertroffen, und er sei nicht an die Spitze eines durch die Entwicklung geformten Staates getreten, sondern habe im revolutionären Kampf ein neues Volk und ein neues Reich geschaffen.

Rein äußerlich, so führt Dr. Frick dann weiter aus, wurde dieser Vorgang vor einem Jahre, am 19. August 1934 abgeschlossen, als den Führer und Reichskanzler 40 Millionen deutscher Volksgenossen zum Oberhaupt des deutschen Reiches wählten. Es ist das alleinige Verdienst des Führers, daß er mit der Riesenorganisation der NSDAP das Werkzeug schuf, durch das er das Reich, das noch vor wenigen Jahren von Partei- und Klassenkämpfen erschüttert und zersetzt war, rettete und zu einem Staat umgestaltete, der fester und einheitlicher aufgebaut ist, als dies in der tausendjährigen Geschichte deutscher Staatlichkeit jemals zuvor der Fall war. Niemand soll glauben, diese Einheit des Reiches durch irgendwelche geheim oder offen auftretende feindliche Bestrebungen ungestraft angreifen zu dürfen.

Nun ist ein Jahr vorübergezogen, seit der Führer und Reichskanzler nach dem Tode des greisen Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten an die Spitze des Dritten Reiches kam. In ruhiger Sicherheit liegt das Steuer in seinen Händen, machtvoll und zielbewußt, zieht das Staatsschiff seine Bahn durch den Strom der Zeit, der erfüllt ist von Kampf- und Kriegsgeschrei. Hoch auf den Masten flattern die Fahnen des Führers, die Siegeszeichen der Bewegung, die Fahne des Reiches, der Freiheit und des Friedens.

Der Führer zur Eröffnung der Deutschen Ostmesse.

DNB **Berlin**, 17. August.

Der Führer und Reichskanzler hat zur Eröffnung der 23. Deutschen Ostmesse folgendes Begrüßungstelegramm an die Messeleitung in Königsberg gerichtet:

„Der diesjährigen Deutschen Ostmesse wünsche ich gutes Gelingen und reichen Erfolg und hoffe, daß sie zur Stärkung unserer Wirtschaftsbeziehungen nach dem Osten beitragen wird. Adolf Hitler."

Neuer Wind im jugoslawischen Parteienleben.

Von unserem Balkankorrespondenten.

M. **Belgrad**, im August.

Die innerpolitische Lage Jugoslawiens entwickelt sich nach dem Sturze der Diktatur in geordneten Bahnen. Auf Grund der Bestimmungen der Verfassung müßte die Skupschtina, das jugoslawische Parlament, am 20. September zu ihrer ordentlichen Tagung zusammentreten; die Regierung beabsichtigt jedoch, zur Beschleunigung der Regierungsarbeiten nach Möglichkeit diesen Termin durch Einberufung des Hauses zu einer außerordentlichen Sitzungsperiode in die zweite Augusthälfte näher zu legen und bis Ende dieses Monats die Wahl der mit der Ausarbeitung der neuen politischen Gesetze zu beauftragenden parlamentarischen Ausschüsse durchzuführen. Die beschleunigte Verabschiedung dieser Gesetze, wie des neuen Wahlgesetzes, des Pressegesetzes, des Gesetzes über Vereine und Versammlungen wird zweifellos viel zur gänzlichen Wiederherstellung normaler Verhältnisse im Lande beitragen.

Die Parteikämpfe und die politischen Gruppierungen charakterisieren am treffendsten die innenpolitische Lage Jugoslawiens. Dabei wendet sich das ganz besondere Interesse des Landes auf die Bemühungen des Führers der Radikalpartei Stanoievitch, der mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und Verbindungen die Bildung einer Gemeinschaftspartei unter Einbeziehung der Slowenen und Bosniaken der politischen Führer Korochetz und Spaho anstrebt und dabei auf dem besten Wege zur Verwirklichung seiner Absicht ist. Diese anscheinend in Bildung befindliche neue Partei begegnet aus dem Grunde dem Interesse sämtlicher jugoslawischer politischer Kreise, weil sie bei der Entscheidung über die zukünftige Politik des Landes von ausschlaggebender Bedeutung sein dürfte. Während es sämtlichen anderen jugoslawischen Parteien und politischen Gruppierungen trotz fortgesetzter Bemühungen nicht gelingen will, die Kräfte des eigenen Lagers zu sammeln und unter Ausschaltung jedweder Eigenbrödelei unter einen Hut zu bekommen, vollzieht sich die Vereinheitlichung von Radikalen, Slowenen und Bosniaken allem Anschein nach in Einigkeit und Parteidisziplin. Daneben stellt lediglich die Koalition des Kroaten Dr. Matchek mit den Resten der alten kroatischen Bauernpartei noch einen Machtfaktor in der jugoslawischen Innenpolitik dar.

Es ist nicht uninteressant, sich mit dem Programm der dreigeteilten Gemeinschaftspartei, bekannt zu machen; seine Formulierung wurde im Jahre 1933 vorgenommen und damals ausdrücklich von dem heutigen Ministerpräsidenten Stoyadinovitsch gebilligt. Der endgültige Programmtext, der sich zurzeit noch im Stadium der Beratungen befindet, soll erst Ende August der Oeffentlichkeit bekanntgegeben werden, wird jedoch nur in ganz wenigen, unwesentlichen Punkten von dem Programmentwurf des Jahres 1933 abweichen.

Das Programm bestimmt einleitend, daß die innere Organisation des jugoslawischen Staates das ausschließliche Recht des ganzen jugoslawischen Volkes ist, das aus sich heraus die Sicherheit des Staates, seine Unabhängigkeit und die Unantastbarkeit der öffentlichen Interessen garantiert. Die Partei bekennt sich zur monarchistischen Staatsform und zum Herrscherhause Karadjordjevitch, sie ist Verfechterin der staatlichen Einheit der Nation, der territorialen Unteilbarkeit des Landes, und sie vertritt den Standpunkt, daß die in der zurückliegenden Zeit vorgekommenen Zwischenfälle der einzelnen in Jugoslawien lebenden Stämme auf unsachgemäße Verwaltung und politische Ungeschicklichkeit der Regierungen zurückzuführen sind. In Etappen müsse die Vereinheitlichung der ganzen Nation angestrebt und erreicht werden, wobei die mehr als primitiv anmutenden Methoden der Vergangenheit ein für allemal auszuschließen seien. Die drei Namen des jugoslawischen Volkes: Serben, Kroaten und Slowenen seien zu respektieren, ihre Gleichheit sei unantastbar, ihre Konfessionen werden nach jeder Richtung hin voll anerkannt, die beiden Alphabete und die Tradition, die allen drei Völkern gemeinsam ist und ihnen Respekt abfordert, erlauben keinen wie auch immer gearteten Angriff, gleichgültig, von welcher Seite her. Ohne vollstes gegenseitiges Vertrauen unter Serben, Kroaten und Slowenen sei kein harmonischer Fortschritt der ganzen Nation denkbar. Kein Stamm dürfe Rechte für sich in Anspruch nehmen und Privilegien fordern, die den beiden Bruderstämmen nicht gewährt würden.

Das Prinzip der Selbstverwaltung erscheine als bestes für die Organisation des jugoslawischen Reiches. Ein konstitutionelles und parlamentarisches Regime im demokratischen Sinne mit einer in völlig freiem Wahlgange gewählten nationalen Volksvertretung, die über weitestgehende gesetzgeberische Vollmachten verfüge, die dazu direktes und geheimes Stimmrecht besitze, sei in Zusammenhang mit gänzlicher Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, persönlicher Sicherheit und Unantastbarkeit des Vermögens die Grundlage für die zukünftige Legislatur. Dazu müsse die Verfassung die Kontrolle des Staatshaushalts garantieren. Die Verwaltung müsse vereinfacht werden unter gleichzeitiger Anpassung an die Bedürfnisse der breiten Volksmassen. Die indirekten Abgaben müßten eine Herabsetzung erfahren, für die direkten Steuern seien gerechte Abstufungen zu schaffen. In den Ausgaben des Staates seien weitestgehende Einsparungen zu verwirklichen. Der Landwirtschaft müsse jedwede mögliche Erleichterung zwecks Erzielung eines möglichst großen Bodenertrages zuteil werden. Den Handwerkern und Arbeitern habe die weitere besondere Sorge des Staates zu gelten. Konfessionelle Freiheit und Maßnahmen auf dem Gebiet der Schulen, der Hygiene und des Sanitätswesens sind gleichfalls vorgesehen. Das Heer sei gut zu organisieren, jedoch sei in den Grenzen des Möglichen eine Herabsetzung der Truppenteile und der Heeresstärke durchzuführen. Die Außenpolitik müsse der Garantie des Friedens auf der Grundlage der Friedensverträge und der Mitarbeit im Völkerbunde dienen, gute Beziehungen mit den Nachbarstaaten und den anderen Ländern herstellen und die Sicherheit des Landes garantieren.

Dies ist das Programm einer werdenden Macht, die in Kürze die wichtigste Rolle in dem politischen Leben Jugoslawiens spielen dürfte.

Verbot der „Pommerschen Tagespost"

DNB **Stettin**, 17. Aug.

Die Dienststelle Pommern des Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda teilt mit, daß auf Ersuchen des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda die in Köslin erscheinende Tageszeitung „Pommersche Tagespost" auf drei Monate verboten worden ist.

Entgegen der vom Reichsministerium aufgestellten Forderung, daß es nur eine Aufgabe für die Tageszeitungen gebe, nämlich ihren gesamten Inhalt aus nationalsozialistischem Geiste heraus zu gestalten und sich zum Träger der nationalsozialistischen Weltanschauung zu machen, haben Verlag und Schriftleitung der „Pommerschen Tagespost" gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, diese Aufgabe zu erfüllen. Die „Pommersche Tagespost" hat schon wiederholt Anlaß zu Beanstandungen gegeben. Ein Verbot war daher im Interesse der Erziehung einer einheitlichen Linie der Betätigung der deutschen Presse erforderlich.

Wieder Ruhe in Albanien.

Ein Bericht über den Hergang der Unruhen.

DNB **Tirana**, 17. August.

Die halbamtliche albanische Telegraphen-Agentur gibt auf Grund der inzwischen angestellten Untersuchungen folgende zusammenhängende Schilderung der Unruhen in Fieri und Umgebung:

„Einer Gruppe von Aufständischen ist es auf Anstiftung eines Subalternoffiziers der Gendarmerie, der 35 Gendarmen und einige Zivilpersonen zu einem Aufruhr gegen die Staatsgewalt verleitet hatte, gelungen, sich der Stadt Fieri zu bemächtigen und gegen Luschuja vorzustoßen. Von diesem Vormarsch rechtzeitig benachrichtigt, hat sich das Gendarmeriekommando von Luschuja den Aufständischen entgegengestellt und sie in die Flucht geschlagen. Truppen, die sofort an den Ort der Zwischenfälle entsandt wurden, haben den Aufruhr sogleich ohne Blutvergießen unterdrückt. Das einzige Opfer dieser Meuterei war General Gjilardi, der ohne von den Unruhen in Fieri etwas zu wissen, sich nach Pojani begeben hatte, und von den Aufständischen getötet wurde.

In ganz Albanien herrscht vollkommene Ordnung und vollständige Ruhe. Die meisten Aufständischen sind festgenommen worden, die übrigen werden von den zuständigen Behörden verfolgt. Ihre Festnahme steht unmittelbar bevor. Die Meldungen über einen Anschlag auf den König sind vollkommen falsch und unsinnig."

Sowjetrussisch-belgische Handelsvertragsverhandlungen.

DNB **Moskau**, 16. August.

Nach einer Meldung aus Paris sind in der dortigen belgischen Botschaft zwischen Vertretern der Sowjetregierung und Belgien Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages aufgenommen worden. Dabei spielen politische Fragen insofern eine Rolle, als von beiden Seiten die Versicherung der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse des anderen Staates wiederholt werden soll. Man hofft in Moskau, daß die Vertreter Belgiens auf die Geltendmachung der belgischen Ansprüche auf Rückzahlung der Schulden verzichten werden.

Die Heuchelei des Moskauer Friedensgeredes.

Durch den Krieg chinesischer Kommunisten enthüllt.

DNB **Moskau**, 16. August.

Ohne Unterlaß wird in Moskau auf dem 7. Komintern-Kongreß jeden Vormittag und jeden Abend weiter geredet. Mit dem gestrigen Donnerstag hat die vierte Kongreßwoche begonnen und der Redeschwall, ab und zu von einer neuen bolschewistischen Losung angefacht, reißt nicht ab. Die Aussprache dreht sich jetzt um das von dem italienischen Kommunistenführer Ercoli an die Wand gemalte Gespenst eines „imperialistischen" Krieges.

In der Donnerstagvormittagsitzung war nur die Rede eines bolschewistischen Chinesen von einiger Bedeutung, der von angeblichen Niederlagen der Kuominiang und von einem siegreichen Vormarsch der chinesischen Roten Armee nach dem Westen wissen wollte. Daß die Versammlung den kriegführenden Chinesen brausenden Beifall spendete, beweist nur die Heuchelei der Komintern, die sich wohl gegen einen „imperialistischen" Krieg auflehnt, ihren eigenen bolschewistischen Krieg aber gutheißt. Trotz aller Moskauer Friedensfaselei ist jedenfalls unbestreitbare Tatsache, daß im Augenblick in der Welt der einzige Kriegführende die Rote Armee in China ist, die schon seit langen Jahren nach Anweisungen des Sowjetagenten Borodin großes Leid und Not über dieses friedliche Volk gebracht hat.

Kampfmaßnahmen der dänischen Landwirte.

Eine „Valuta-Aktion".

(!) **Kopenhagen**, 17. August.

Die Forderungen, die von den dänischen Landwirten anläßlich des Bauernmarsches vom 29. Juli erhoben wurden, sind von der Regierung im wesentlichen abgelehnt worden. Daraufhin trat am Donnerstag der Wirtschaftsausschuß der „Vereinigung der Landwirte" zu einer Beratung zusammen, bei der mit Bedauern festgestellt wurde, daß die politischen Machtfaktoren keine Zusagen für eine Sicherung der Gleichstellung der Landwirtschaft mit den übrigen Wirtschaftszweigen gegeben haben. Der Ausschuß müsse daher der Landwirtschaft einstimmig empfehlen, ihre wirtschaftlichen Organisationen zur Durchführung der Maßnahmen zu verwenden, die der Landwirtschaft volle Bezahlung der Produktion sichern würden. Das könne aber nicht erreicht werden, solange ein willkürlich festgesetzter Wechselkurs und eine Einfuhrbeschränkung aufrecht erhalten werde, die dem Inhaber einer Devisenbewilligung einen bedeutenden Gewinn gewähre, der der Landwirtschaft unrechtmäßigerweise entzogen werde. Der Ausschuß habe daher entsprechend den ihm gegebenen Vollmachten beschlossen, den ihm angeschlossenen Meiereien, Schlächtereien und Landwirten die Durchführung von Maßnahmen aufzutragen, die die notwendige Aenderung der unangemessenen Verhältnisse herbeiführen würde. Zu diesem Zweck müsse die Landwirtschaft sich zunächst der aus ihrer Ausfuhr stammenden Valuta versichern. Sämtliche Meiereien und Schlächtereien werden daher so schnell wie möglich Anweisungen hinsichtlich des während der „Valutaaktion" einschlagenden Vorgehens erhalten.

In einer weiteren Veröffentlichung wird zur Unterrichtung der ausländischen Kunden der dänischen Landwirtschaft u. a. darauf hingewiesen, daß es sich bei den obigen Entschlüssen um eine innerländische Angelegenheit handle, die den Zweck verfolge, eine gerechtere Verteilung der Einnahmen zu bewerkstelligen.

Aus der Mitteilung ergibt sich, daß die Beschlüsse einstimmig gefaßt sind. Es ist daraus aber nichts über die Art der sogenannten „Valutaaktien" zu ersehen. Auch was die Blätter an Vermutungen aussprechen, ist nicht recht verständlich. Nach Ansicht der Presse wird es sich um eine Hinausschiebung der Zahlungsfrist für die nach England zu liefernden landwirtschaftlichen Erzeugnisse handeln, insofern als an Stelle einer bisher üblichen 10 bis 14tägigen Zahlungsfrist, ein Kredit von drei Monaten bewilligt werden soll. Dies würde bedeuten, daß innerhalb dieser Zeit ein Ausfall von Devisen in Höhe von etwa 150 Millionen Kronen entstehen würde.

Dazu soll sich eine Reihe weiterer Maßnahmen gesellen, die durch eine Senkung des Kronenkursus die Sicherung des Produktionspreises für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse beabsichtigen. Zu diesem Zweck sollen bei der Hereinnahme der Gelder aus England an die Lieferanten der Meiereien und Schlächtereien Sterlingschecks ausgegeben werden, die später unter Umgehung der Nationalbank zu einem höheren als dem offiziellen Sterlingkurs von 22,40 realisiert werden sollen.

Im Zusammenhang mit den angekündigten Maßnahmen wird allgemein die Frage aufgeworfen, ob diese Pläne durchführbar seien und ob die Nationalbank in der Lage sein werde, der bei der Durchführung der Maßnahmen entstandenen Lage ohne größere Schwierigkeiten Herr zu werden. Ministerpräsident Stauning, der verschiedenen Blättern gegenüber die beschlossenen Maßnahmen als gegen die andern Wirtschaftszweige und die Arbeiter gerichtet und als eine „ekle Spekulation und einen häuslichen Racheakt" bezeichnete, ist jedenfalls der Ansicht, daß die Aktion für die Landwirtschaft wirkungslos bleiben werde.

Die demokratische „Politiken" spricht von einer riesigen Baissespekulation hinsichtlich der Krone und der größten und unverhülltesten Börsenspekulation, die die Welt je gesehen habe, deren Gelingen aber als ausgeschlossen zu betrachten sei. Die konservative „Dagens Nyheder", die bisher fast stets für die Forderungen der Landwirtschaft eingetreten ist, bedauert den gefaßten Beschluß. Das Blatt glaubt ebenfalls nicht, daß er wirtschaftliche oder währungspolitische Wirkungen haben werde, ist dagegen der Ansicht, daß seine allgemeinen Folgen für die Gemeinschaft schicksalsschwerer sein könnten. Das andere konservative Blatt „Berlingske Tidende" bezeichnet die Lage als so unklar wie nur möglich.

Im Zusammenhang hiermit ist zu berichten, daß in dem von der Regierung eingesetzten landwirtschaftlichen Ausschuß, der am Donnerstag zusammengetreten ist, laut „Dagens Nyheder" ein Antrag der Konservativen auf Hereinnahme von zwei Vertretern des Zusammenschlusses der Landwirte mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt worden ist. Eine Vertretung des Zusammenschlusses der Landwirte in diesem Ausschuß gehörte bekanntlich ebenfalls zu dessen an die Regierung gerichteten Forderungen.

Bisher ist noch nicht bekannt geworden, welche Haltung die Regierung und die Nationalbank, die über die aus der Ausfuhr stammenden Devisen verfügt, zu diesen Beschlüssen einnehmen werden.

Der „Königsfisch" Gegenkandidat Roosevelts.

DNB. **Newyork**, 16. August.

Der demokratische Senator Long von Louisiane, genannt der Königsfisch, der ein scharfer Gegner Roosevelts ist, richtete gestern erneut heftige Angriffe gegen Roosevelts neuen Plan und erklärte, er werde sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen lassen. Sollten die Republikaner den früheren Präsidenten Hoover und die Demokraten Roosevelt aufstellen, so werde er als Unabhängiger kandidieren und sich dabei auf seine „share the wealth"-Bewegung stützen, die, wie er behauptet, zehn Millionen Anhänger habe.

Noch keine amtliche Bestätigung der Ermordung Jones.

£ **London**, 17. August.

Reuter meldet aus Peking: Der britischen Botschaft und den chinesischen Behörden liegt noch keine amtliche Bestätigung der Ermordung des englischen Journalisten Gareth Jones vor, dessen Leiche am Freitag morgen von chinesischen Soldaten gefunden worden sein soll. Der Vertreter der britischen Botschaft in Kalgan, Hauptmann Millar, und der deutsche Journalist Dr. Müller, der vor mehr als zwei Wochen gemeinsam mit Jones von den Banditen gefangen genommen worden war, sind nach Paotschang unterwegs, um die dorthin gebrachte Leiche zu identifizieren.

Wiederaufnahmeverfahren endgültig abgelehnt.

Die Folgen einer vergifteten Wurstsendung.

DNB **Dortmund**, 17. August.

Die Justizpressestelle des Oberlandesgerichtsbezirks Hamm in Dortmund teilt mit: Am 30. 9. 1933 wurde die Schulamtsbewerberin Margarete Schulte aus Minden i. W. durch Urteil des Schwurgerichts in Bielefeld wegen versuchter Giftbeibringung zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Bei der Urteilsfällung spielte der Umstand eine Rolle, daß die damalige Angeklagte einer mit Arsenik vergifteten Sendung Büchsenleberwurst einen Zettel mit der Anschrift des Tischlermeisters Müller in Minden beigefügt hatte, dem die Wurstsendung zugedacht war. Auf Grund einer wissenschaftlichen Schriftbegutachtung stellte das Schwurgericht fest, daß die Schriftzeichen auf diesem Zettel von der Hand der Angeklagten herrührten. Die Angeklagte bestritt das. Seit November 1934 betrieb sie ein Wiederaufnahmeverfahren. Sie wollte durch einen anderen Schriftsachverständigen nachweisen, daß sich der erste Gutachter geirrt habe. Durch Beschluß vom 19. 12. 34 wurde der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens zugelassen, d. h. das Gericht trat in eine Nachprüfung der von der Antragstellerin aufgestellten Behauptung ein. Die von ihr beigebrachten neuen Schriftgutachten wurden darauf hin noch einmal geprüft. Diese Prüfung führte zu dem Ergebnis, daß sich die von der Verurteilten beigebrachten abweichenden Gutachten nicht als begründet erwiesen.

Die Strafkammer des Landgerichts in Bielefeld lehnte daher durch Beschluß vom 16. 3. 35 den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens als unbegründet ab. Auf die Beschwerde der Verurteilten hat dann schließlich das zur Entscheidung darüber zuständige Oberlandesgericht eine vollständig neue Begutachtung durch einen anerkannten Schriftsachverständigen vornehmen lassen. Auch diese Prüfung ergab, daß dem ersten Sachverständigen, dessen Gutachten bei der Urteilsfällung durch das Schwurgericht verwertet worden ist, irgend ein Irrtum nicht nachzuweisen war und daß auch heute die Feststellungen des ersten Gutachters noch als richtig anzusehen sind. Demgemäß wurde auch die Beschwerde der Verurteilten von dem Oberlandesgericht als unbegründet zurückgewiesen.



Zum Honorarprofessor ernannt.

In Anerkennung seiner großen Verdienste wurde der Architekt Dr.-Ing. Ernst Sagebiel, der Erbauer des neuen Reichsluftfahrtministeriums, als Honorarprofessor an die Technische Hochschule in Charlottenburg berufen. (Scherl-Bilderdienst-M)

Damit muß der Versuch der Margarete Schulte, eine erneute Verhandlung ihres Falles durchgeführt zu sehen, als gescheitert gelten.

Gefängnisstrafen wegen des Fährunglücks in Ostpreußen.

DNB **Allenstein**, 17. August.

Nach zweitägiger Verhandlung wurde in dem Prozeß wegen des furchtbaren Unglücks auf dem Wulpingsee bei Darethen, bei dem am 21. Juli zwölf Ausflügler ertranken, der Fährpächter Dombrowski wegen fahrlässiger Tötung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, der Fährmann Wubratus erhielt eineinhalb Jahre Gefängnis.

Die Verhandlung hatte ergeben, daß der Fährverkehr auf dem See seit Jahren mit völlig unzulänglichen Fahrzeugen betrieben worden ist. Der Vorsitzende betonte in der Urteilsbegründung, daß die beiden Angeklagten die ihnen obliegende besondere Sorgfaltspflicht vernachlässigt hätten. Das Unglück sei auf die Ueberladung des Fährbootes zurückzuführen. Die Tatsache, daß ähnliche Ueberlastungen vorher ohne böse Folgen geblieben seien, bedeute keine Entlastung für die Verantwortlichen. Ausdrücklich erkannte das Gericht an, daß die beiden Angeklagten, vor allem der Fährmann Wubratus alles getan hätten, um die Ertrinkenden zu retten und Wubratus unter Gefährdung seines eigenen Lebens vier Menschen geborgen habe. Aber angesichts der zwölf Todesopfer habe das Gericht hart sein müssen, wenn auch das menschliche Herz tiefes Mitleid mit den Angeklagten empfinde. Die größere Schuld treffe den Pächter des Betriebes, der als Unternehmer für die Zuverlässigkeit der Fährboote verantwortlich sei. Aber auch der Fährmann Wubratus hätte größere Sorgfalt bei der Belastung der Fähre aufbringen müssen.

Im ganzen 111 Tote im Tal von Ovada.

DNB **Rom**, 17. August.

Ueber die Katastrophe von Ovada wird nunmehr folgende amtliche Darstellung gegeben:

„Die Wolkenbrüche, die in den letzten Tagen in der Provinz Alessandria gewütet haben, haben einen Wasserüberfluß in den in den Tanaro einmündenden Flüssen hervorgerufen. Infolge des teilweisen Zusammenbruches eines Nebendammes der Sella-Zerbino, der den großen künstlichen See von Ortiglieto in den Bergen von Molare bildet, haben die herabstürzenden Wassermassen das Tal von Orta überschwemmt. Die Gewalt der Wassermassen hat beträchtlichen Schaden angerichtet und einige Bauernhäuser fortgerissen, wobei Menschenleben zu beklagen sind.

Im ganzen betrauert man den Tod von 111 Menschen, von denen 97 zur Gemeinde von Ovada, drei zu Molare, vier zu Capriata d'Orba und sieben zu Tremolino gehören. Die Zahl der bisher geborgenen Leichen beträgt 82, von denen 62 festgestellt werden konnten. Zur Rettung der in Gefahr befindlichen Menschen sind unzählige Heldentaten vollbracht worden. Die lokalen Behörden haben sich in der Erfüllung ihrer Pflichten aufgeopfert. In Ausführung der ergriffenen Vorkehrungen sind Beistandsmaßnahmen für die betroffene Bevölkerung ergriffen und Arbeiten im Gange, um die Verbindungen wieder herzustellen und in kürzester Zeit die Schäden wieder gutzumachen. Eine Kommission von Ingenieuren des Ministeriums für öffentliche Arbeiten befindet sich am Unglücksplatz".

Neues in Kürze.

Wie der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht in einer Verfügung mitteilt, besteht infolge der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und angesichts der Kürze der für die Ausübung zur Verfügung stehenden Dienstzeit keine Möglichkeit mehr, Wehrmachtsangehörige zu „Exerzitien" beider Konfessionen zu beurlauben. Der Minister ordnet daher an, daß derartige Beurlaubungen in Zukunft unterbleiben.

Der „Angriff" fordert im Rahmen einer Serie „Der getarnte Jude", daß den Juden die Möglichkeit genommen werde, unter arischen Decknamen ihre Musik einzuschmuggeln. Es sei darum am besten, die Verwendung von Pseudonymen für Deutschland grundsätzlich zu verbieten.

Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler hat für das zwölfte Kind des Autoklempners Josef Wirth in Lippstadt die Ehrenpatenschaft übernommen. Dem glücklichen Vater ging die Mitteilung hierüber zu.

Im Hauptamt für Volkswohlfahrt bei der Reichsleitung der NSDAP fand am Freitag unter der Leitung des Reichsoberrevisors Janowsky eine Vorbereitungstagung für das Winterhilfswerk 1935/36 statt. Die Referate ergaben eine vollkommene Uebereinstimmung über die Finanzplanung für das kommende Winterhilfswerk.

Auf dem Markt in Wismar fand die Einweihung eines Prangerkastens statt, der an einem Gerüst befestigt ist, das SA-Männer errichtet haben. Nachdem die Parteiformationen Aufstellung genommen hatten, hielt Kreisschulungsmeister Schäler eine Ansprache, in der er das Treiben der Volksfeinde kennzeichnete. Darauf verlas Truppführer Ahrens die Namen derer, die in jüdischen Geschäften gekauft hatten und hängte die erste Liste im Prangerkasten auf.